

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlohn monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Verkaufsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden bei 6 Spalten Breite mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Dr. 221.

Dresden, Montag den 23. September 1912.

23. Jahrg.

Klärung und Festigung.

Nach der letzte Tag der Parteitagstabelle war reich an Klärung und Festigung. Der Parteitag hat als oberste Instanz entschieden, ob der bisherige Genosse Hildebrand-Eolingen aus der Partei auszuscheiden sei. Das niederdeutsche Agitationskomitee hatte den Ausschluß Hildebrands beschlossen, weil er die Grundanschauungen der Sozialdemokratie, wie sie im Parteiprogramm niedergelegt sind, nicht anerkenne und weil er in seinem Buche „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Imperialismus“ Anschauungen entwickelt habe, deren Konsequenzen im weitesten Entgegenkommen an die Schutzpol., Kolonial- und Militärpolitik sei. Das von Hildebrand angeregte Verbot, als dessen Vorsitzender Genosse Söcherer vom Parteivorstand beauftragt war, bestätigte mit 4 gegen 1 Stimmen den Ausschluß mit ähnlichen Gründen wie das Agitationskomitee. Hildebrand selbst aber hielt diese Urteile für unbillig, er wollte der ihm vielfach nahegelegten Auffassung, selbst aus der Partei auszutreten, nicht nachkommen; er an, daß für Anschauungen, wie er sie begreift, in der Partei kein Raum sei, und so rief er den Parteitag zur Entscheidung an. Die vom Parteitag eingeleitete Verbotkommission hat die Angelegenheit nochmals untersucht und gegen 4 Stimmen den Ausschluß Hildebrands bestätigt. Die Verhandlung der Angelegenheit am Sonnabend ging in gespannter Aufmerksamkeit der Delegierten vor sich. Vorsitzender der Kommission legte zunächst Genosse Dittmann, Nürnberg, den Tatbestand dar. Seine Darlegung betrafen in der Hauptsache folgendes: Hildebrand ist ein allerdings Sozialist, aber er habe die Grundanschauungen unserer Partei verlassen. Er glaube, daß in der Wirtschaft das Privateigentum erhalten bleiben werde, während den Klassenkampf zwischen Arbeiter- und Unternehmer als eine Nebenache zurück, indem er es für die Aufgabe der nächsten Zeit ansehe, daß die Sanierung der in den westeuropäischen Staaten gescheiterte Sozialdemokratie, die bisher Agrarprodukte nach West- und Ostindien, die Zeit komme, wo Westeuropa Mangel an Rohstoffen leiten müsse, so daß die Industrie einen Zusammenbruch entgegenstehe. Um diese Gefahr zu vermeiden, müsse sich Westeuropa zur Sicherung seiner dauerhaften Produktion vereinigen. Desgleichen müßten tropische Gebiete zur Heranziehung von Rohstoffen gesichert werden. Sozialdemokratie dagegen sei der Ansicht, daß gerade der Klassenkampf und der Sozialismus die Mittel seien, um die Gefahren zu vermeiden. Hildebrand gelange aber — das sei das Entscheidende — von seinen theoretischen Anschauungen zu Schlussfolgerungen in der praktischen Politik, die im Widerspruch zur Politik der Sozialdemokratie stehen. Er wolle eine Agrarpolitik zur Erziehung mittlerer Bauernschaften, er befürworte eine Unterstützung der kleinen Nationalpolitik, und er unterstütze daher auch mit der Nationalpolitik die Treibeieren, wie sie in der Partei am weitesten im Schwange waren. Die Partei müsse nicht als Parteiorganisation, wenn sie Personen mit solchen Anschauungen nicht als Parteigenossen gelten lassen wolle. Hildebrand sei persönlich ein hochachtbarer Mensch und er solle in der Partei seine Ansichten vertreten, aber er könne das nicht, wenn er die Grundanschauungen der Partei, die als eine Kampfpartei eine bestimmte Grundanschauung haben müsse. Die Grenze der Parteimitgliedschaft müsse festgestellt werden, die Partei könne nicht die Parteimitgliedschaft für politisch obdachlos sein. Der Ausschluß Hildebrands sei eine bedauerliche, aber notwendige Entscheidung. Der große Beifall, den die Ausführungen Söcherers fanden, zeigte schon deutlich, daß die große Mehrheit der Parteimitglieder dazu neigte, den Ausschluß für gerechtfertigt zu halten.

Die die Minderheit der Kommission sprach Genosse Schall Müller-München: Die Minderheit habe aus demselben Grund dem Ausschluß Hildebrands nicht zustimmend geantwortet. Das ganze Verfahren gegen Hildebrand sei unbillig gewesen. Jeder alle Mitglieder des Schiedsgerichts der Verbotkommission hätten das ganze Buch Hildebrands gelesen. Wenn auch die Minderheit die Anschauungen des Verbotkomitees für richtig halte, so habe er doch eine Reihe von interessanten Problemen angeschnitten und für die Diskussion solcher Probleme müsse auch innerhalb der Partei Raum gelassen werden. Hildebrand selbst bestreite, daß er die Grundanschauungen des Parteiprogramms und den Klassenkampf verstoße habe. Sein Buch behandle überhaupt nur die Probleme der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung, des Imperialismus, des Nationalismus und der Militärpolitik, die schließlich zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen werde. Auch seine Forderungen bezüglich der Agrarpolitik, Kolonial- und Militärpolitik bezögen sich gar nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf eine Zeit, wo die Arbeiterbewegung in Westeuropa bereits herbeigeführt haben. Die Minderheit der Parteimitglieder hätten die Formulierungen des Parteiprogramms selbst nicht erlernt. Es seien also die Anschauungen der Minderheit die Beweise für die erhobenen Anschuldigungen nicht erbracht.

Rund nahm Hildebrand selbst das Wort. Seine schlichten, offenen Darlegungen bestätigten für den ganzen Parteitag das, was Söcherer schon gesagt hatte, daß ein persönlich unantastbarer Mann vor ihm stand, der im besten Glauben handelte. Hildebrand ergänzte die Gründe des Verbotkomitees: Vieles, was er gesagt habe, sei ganz irrtümlich weitergegeben worden. So habe er sich nicht als politisch obdachlos bezeichnet, der bei der Sozialdemokratie Unterschlupf suchen wollte, sondern er habe gesagt, daß er mit seinen Anschauungen sich nur zur Sozialdemokratie rechnen könne. Er sei nicht für die Militärpolitik, wie Söcherer meine, eingetreten, sondern er habe die Umwandlung des heutigen Militarismus in ein Volksherr befürwortet. Es sei nicht richtig, daß sein Buch gegen die Grundzüge der Partei verstoße. Er behaupte nur, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht genüge, um die Arbeiterklasse vor schweren Erschütterungen zu schützen. Er wolle nicht einen Bruch mit dem Parteiprogramm, sondern eine Ergänzung des Programms. Er sei Sozialist, er sei Demokrat, er halte auch den Klassenkampf der Arbeiter für notwendig und selbstverständlich. Die Verwirklichung des Sozialismus müsse sich aber nach den objektiven Wirklichkeitsmöglichkeiten richten, und diese müßten wissenschaftlich untersucht werden. Weiter hätten alle bisherigen Forderungen gerade eine Diskussion über diese wissenschaftlichen Fragen, die sein Buch behandelte, abgelehnt. Er befürchte eine schwere wirtschaftliche Katastrophe der westeuropäischen Industriestaaten, und es sei seine Pflicht gewesen, zu warnen. Der Parteitag möge dafür sorgen, daß die Meinungsfreiheit in der Partei gewahrt bleibe.

Genosse Dittmann-Eolingen behandelte hauptsächlich die Vorgeschichte des Ausschlußverfahrens. Er legte hauptsächlich dar, daß Hildebrand mit seinen abweichenden Ansichten schon Jahre hindurch den Widerspruch der Solinger Genossen erregt habe. Man habe alle Gebulb mit ihm gehabt, aber als Hildebrand mit seinen Anschauungen in den Verantwortungen aufgetreten sei, und als die Gegner fortwährend seine Anschauungen gegen die Partei ausgenutzt hätten, da sei eine Entscheidung unvermeidlich geworden. Im übrigen kam Dittmann zu der gleichen Auffassung des Falles wie Söcherer.

Ein Verbot des Genossen Erdmann, die Auslegung der Entscheidung herbeizuführen, weil die Delegierten bei dem Verbot einer gedruckten Vorlage und lediglich auf Grund der mündlichen Vorträge der beiden Teile nicht in der Lage sein könnten, ein wohlverwogenes Urteil über die schwierige, aus wissenschaftlichen Grundfragen erwachsene Angelegenheit abzugeben, scheiterte. Genossin Zeitlin sprach gegen die Auslegung der Entscheidung: die Sache sei genügend geklärt; es handle sich gar nicht um eine wissenschaftliche Frage, sondern darum, ob wir als Kampfpartei die praktischen Folgerungen, die Hildebrand gezogen habe, dulden könnten; es handle sich nicht um die Meinungsfreiheit, sondern um die Sicherung der einheitlichen Aktion der Partei gegen Eilörungen.

Mit großer Schärfe wendete sich dann in der fortwährenden Debatte seine gegen den Ausschluß Hildebrands. Die Sache sei nicht gründlich geprüft. Die Anklageerheber hätten den Gedankengang Hildebrands nicht ausreichend wiedergegeben. Wenn Hildebrand die Aktion gestört habe, so genüge es, ihn nicht auf verantwortliche Posten zu stellen. Er (der Redner) halte nicht viel von Zukunftsspekulationen, wie sie Hildebrand angestellt habe, aber, wenn unsere Partei eine Partei der Wissenschaft sein wolle, so müsse sie die Forschungsfrage unbedingt hochhalten. Unsere große Partei könne einen Engländer wie Hildebrand ohne Schaden dulden, sie möge sich vor dem Vorwurf eines Kenderpropheten hüten. Genosse Dr. Laufenberg dagegen betonte, daß die Wissenschaft frei sein soll, daß aber eine politische Partei, wenn sie auch auf wissenschaftlicher Grundlage steht, doch nur solche Mitglieder haben könne, die sich zu ihren einmal anerkannten Anschauungen bekennen. Hildebrands Gedankengänge aber gehen zur Verneinung der Möglichkeit des Sozialismus. Laufenberg schlug vor, daß der Parteitag beschließen möge, daß die Partei jede Gemeinschaft mit Hildebrands Ansichten ablehne und damit die Sache für erledigt erklären möge.

Der Parteitag hielt fest, obwohl noch zahlreiche Redner eingeleitet waren, die Angelegenheit für genügend geklärt und schloß die Debatte. Die Schlussworte Söcherers und Hildebrands drachten nicht mehr viel Neues. Söcherer wendete sich gegen den Antrag Laufenbergs. Zur Abstimmung gelangte zuerst der Antrag der Kommission, Hildebrands Ausschluß zu bestätigen. Dieser Antrag wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen. Die Mehrheit begleitete das Ergebnis der Abstimmung mit stürmischem Beifall.

Wenn wir auf die arbeitstunche Woche von Chemnitz zurückblicken, so dürfen wir sagen, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auf vielen Gebieten ausgezeichnete Arbeit geleistet hat. Der Parteitag hat zu wichtigen aktuellen Fragen der Politik Stellung genommen; er hat vor neuem die Sozialdemokratie als einzigen entscheidenden Vorkämpfer in den Lebensfragen des Volkes erscheinen, indem er die Lebensmittelsteuerung und den Bergarbeiterkampf eindringlich

behandelte. Der Parteitag hat ferner zu mannigfaltigen inneren Parteifragen, die im Verlauf des letzten Jahres sich aufgedrängt hatten, Stellung genommen, und er hat in diesen Fragen völlig befriedigende Klärungen geschaffen, so in den Fragen des Stichwahlkommens, des Imperialismus, der Sonderkonferenzen. Der Parteitag in Chemnitz brachte wie nur je einer seiner Vorgänger neue Festigung der Partei, vermehrte innerlichen Zusammenhalt ihrer Kräfte und damit zugleich eine vielversprechende Vorbereitung für die Kämpfe der kommenden Zeit.

Von großer Bedeutung für die Partei ist die Reform des Organisationsstatuts. Es ist, mit Rücksicht auf weniger entwickelte Kreise, davon abgesehen worden, die Parteibeiträge allgemein auf 40 Pf. für den Monat festzusetzen. Auch von einer Veränderung in dem bisherigen Recht der Reichstagsfraktion, auf den Parteitag vollständig antwortend zu sein, wurde Abstand genommen. Zur Durchführung aber wurde als neues Parteimitglied der Parteiausschuß gebracht. In Zukunft soll vierteljährlich oder nach Bedarf in Berlin mit dem Parteivorstand ein Parteiausschuß tagen, der aus allen deutschen Landesstellen beauftragt wird. Die Landesvorstände und Bezirksvorstände sollen je einen Vertreter entsenden. Der andere, vor dem Parteitag vielbesprochene Vorschlag, einen politischen Beirat aus Berlin und dessen Umgebung an die Seite des Parteivorstandes zu stellen, ist völlig unterlegen. Es ist zu erwarten, daß der neue Parteiausschuß, der sich als eine organische Fortbildung der bisherigen Bezirksleiterkonferenzen darstellt, für das Leben der Partei sich als förderlich erweisen wird.

Auch in der heiß umstrittenen Frage des Stichwahlkommens bei den letzten Reichstagswahlen ist, obwohl besondere Beschlüsse nicht gefaßt wurden, hinreichende Klärung erzielt worden. Diejenigen, die in Opposition gegen das Abkommen getreten waren, verzichteten darauf, ihre Mißbilligungsanträge zur Abstimmung zu bringen. Der Parteitag ging über alle diese Anträge zur Tagesordnung über. Auch wurde dem Parteivorstand keinerlei Vorbehalt für sein Verhalten in der Zukunft gemacht. Dem Parteivorstand ist freie Hand gelassen, in Zukunft diejenigen tatsächlichen Maßnahmen zu treffen, die nach seiner Überzeugung durch die politische Situation erfordert werden.

In der Frage des Imperialismus ist vom Parteitag völlig einheitlicher Protest gegen die Kriegshetze und die Kriegsbereitungen erhoben worden. Dazu hat der Parteitag die Stellung, die von der Reichstagsfraktion in den Anträgen über die ausstehende Verständigung mit den anderen Staaten und über die Abrüstung eingenommen hat, vollausgebilligt. Die abweichende Auffassung, wie sie von einigen Parteimitgliedern vertreten wurde, daß eine derartige Forderung nicht von uns erhoben werden dürfe, ist fast einstimmig durch Annahme der Resolution Haase als unzulässig zurückgewiesen worden. Es ist aber selbstverständlich, daß die Erörterung der Probleme der Weltpolitik auch in Zukunft weiter stattfinden kann und stattfinden muß. Dürfen doch die Ansichten derer Beachtung fordern, die eine stärkere Betonung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Weltwirtschaft fordern.

Bezüglich der Waiseier hat der Parteitag die Beschlüsse der früheren Parteitage und der internationalen Kongresse lediglich neu bestätigt. Die Partei wird weiter ihr Bestes tun, um ihren Weltfeiertag zur Durchführung zu bringen. Dagegen ist hinsichtlich der unerquicklichen Nebenfrage der Abschaffung des Tagesberdienstes am 1. Mai ganz Endgültiges noch nicht erzielt worden. Der Beschluß des Nürnberger Parteitag, daß die Mitglieder der Partei, welche ohne Lohnzufall feiern können, ihren Tagesberdienst an die Partei- und Gewerkschaftskasse zur Ansammlung eines Fonds abliefern sollen, ist mit einer Mehrheit von 50 Stimmen aufgehoben worden. Die vielen peinlichen Streitigkeiten, die durch diesen Nürnberger Beschluß in der Arbeiterkraft hervorgerufen worden sind, haben eine immer größere Anzahl von Parteimitgliedern zu der Überzeugung gebracht, daß der Beschluß von vornherein ein überreifer gewesen ist und daß es stets weiter möglich ist, wenn die Partei an den freiwilligen Opfern appelliert, als wenn sie bestimmte Vorschriften macht. Auch in der Minorität der Parteitagdelegierten befanden sich viele Genossen, die gleichfalls den Nürnberger Beschluß nicht mehr aufrechterhalten wollten, die aber zunächst für Aufrechterhaltung stimmten, weil sie in einer folgenden Abstimmung Gelegenheit zu finden erwarteten, einem Antrag zur Annahme zu verwehren, der die Einschränkung des Nürnberger Beschlusses auf die eigentlichen Partei- und Gewerkschaftsbeamten bezöge. Andererseits gab es auch, wie eine zu Protokoll gegebene Erklärung besagt, eine Anzahl Delegierte, die in der gleichen Annahme einer noch folgenden Abstimmung für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gestimmt haben. Diese Abstimmung konnte jedoch geschäftsordnungsmäßig nicht mehr erfolgen. Es wurde schließlich der Ausweg gewählt, daß die Frage, ob der Nürnberger Beschluß in der Beschränkung auf Partei- und Gewerkschaftsbeamte doch noch beibehalten werden solle, dem nächsten Parteitag überlassen wurde.

Sehr erfreulich war schließlich die Stellungnahme des Parteitag zu den Sonderkonferenzen, wie sie sowohl in der Reichstagsfraktion wie auf Parteitagtagen seit einigen Jahren in Uebung gekommen waren. Der Parteitag hat fast einstimmig den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß solche Konferenzen vermieden werden sollen. Tatsächlich hat denn